

Das Preußische Märchen – 2. Akt

Die Süddeutsche und CNN mit ihrer Kritik am Trauerspiel



Kronprinz Wilhelm bei einer SA-Kundgebung im Oktober 1933;
John Rohl, CNN

Und so sah der angebliche Widerstand der Hohenzollern in Bild (oben) und Text (nachstehend) aus: *Als bald nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und der Vereidigung des Hitler-Kabinetts am 30. Januar 1933 schrieb Kronprinz Wilhelm junior an Generalmajor von Bredow: „Jetzt heißt es, die Geschlossenheit dieser Regierung in jeder Beziehung zu unterstützen und Jedem in die Fresse zu hauen, der versucht, in diese Geschlossenheit Unruhe und Misstrauen hineinzutragen. Dieses ‚in die Fresse hauen‘ habe ich bereits verschiedentlich*

mit der notwendigen Rücksichtslosigkeit in den letzten Tagen besorgt.“ Der Brief datiert vom 6. März 1933. Wenige Tage später fand der Tag von Potsdam statt. Mit der ehemaligen Hof- und Garnisonkirche, der „Familienkirche“ des Kronprinzen, als passende Kulisse.

Dieses und ähnliches können Sie nachlesen in der aktuellen Kolumne von Prof. Dr. Heribert Prantl <https://www.sueddeutsche.de/politik/hohenzollern-nazis-prantl-kolumne-1.5044461?reduced=true> (25.09.2020)

Spannend auch die lange Geschichte der Spezialdemokratie und deren protestantisch geprägte Verquickung mit den Hohenzollern, welche wir hier in Potsdam nicht nur bezüglich des Wiederaufbaus der Garnisonkirche erleben. Prantl schreibt *„Die SPD-Ministerin Lange ist quasi Nachfolgerin des preußischen SPD-Politikers Albert Südekum, der einst zu denen gehörte, die 1914 die Weichen stellten für den „Burgfrieden“ mit der Kriegspolitik des Kaiserreichs. 1919, nach dem Ende der Monarchie, war Südekum als erster preußischer Finanzminister derjenige, der die 71-seitige Liste des Umzugsgutes für den Ex-Kaiser absegnete, so dass die 59 Güterwaggons zu ihm ins Exil rollen konnten.“*

Fast vergessen in der Debatte wird, dass das Ausgleichsgesetz, ein „Kind der aktuellen abzufeiern Einheit“ ist. Es hat auch in und um Potsdam zu zahlreichen Vertreibungen von Menschen aus „ihren“ Häusern zur Folge gehabt. Vom Spiegel wurde der CDU-Politiker Johannes Gerster zu den Entschädigungsforderungen der Hohenzollern befragt. *Seine Antwort: Er habe dafür „kein Verständnis“.* Gerster war einst Vizevorsitzender der Unions-Fraktion im Bundestag und im Jahr 1994 einer der Väter des Ausgleichsgesetzes.

Dies Verständnislosigkeit ist nachvollziehbar, denn – wie CNN heute (26.09.) berichtet – dienen derartige Ansprüche eher der privaten Bereicherung und nicht der Aufklärung von Geschichte oder Aufklärung der Rechtmäßigkeit von Ansprüchen. Einige „Häuser“ haben bereits stillschweigend die Sache abgewickelt. So der Stammhalter der von Sachsen-Weimar-Eisenach, der 2003 seine Ansprüche auf Rückgabe von Kunstwerken, Manuskripten und dem Inventar der Wartburg bei Eisenach im Gegenzug für 15,5 Millionen Euro fallen ließ. (<https://edition.cnn.com/style/article/hohenzollern-prince-georg-prussia/index.html>)

Es ist wie im Märchen, die Untertanen zahlen Solidaritätszuschlag und andere Abgaben und die angeblichen Prinzen tanzen sich vor Lachen die goldenen Schuhe kaputt.

Hier geht es zum 1. Akt des preußischen Märchens: <http://potsdam-stadtfueralle.de/2020/09/23/das-preussische-maerchen-oper-operette-oder-drama/>